

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortverkehr Dönhof (A7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhof 3666-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- und 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. ^{15 Pf.} Nr 375

DIENSTAG, 8. AUGUST 1933

MORGEN-AUSGABE

Demarchen in Berlin

Einmischungsversuche zurückgewiesen

Der französische Botschafter hat heute vormittag im Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf den Viermächtepakt zur Sprache gebracht, daß nach Auffassung der französischen Regierung die deutsche Propaganda mit Bezug auf Desterreich in gewissem in der letzten Zeit vorgenommenen Fällen mit den bestehenden vertraglichen Bindungen nicht vereinbar sei.

Dem Botschafter wurde erwidert, daß der Reichsregierung eine Anwendung des Viermächtepakt in dieser Form nicht angeht, er könne, daß auf deutsche Seite Vertragsverhältnisse irgendwelcher Art nicht vorliegen und daß Deutschland behauptet die Einmischung in die deutsch-österreichische Auseinandersetzung nicht für zulässig halte.

Der englische Gesandtschaftsrat, der nachmittags in der gleichen Angelegenheit vortrat, erhielt denselben Bescheid.

*

Der Schritt des französischen Botschafters in Berlin, dem sich ein ähnlicher Schritt des englischen Botschafters angeschlossen hat, weicht wesentlich von den Antifindungen ab, die in der englischen und französischen Presse im Laufe der letzten Woche zu lesen waren. Es ist für die Beurteilung des ganzen Vorganges mit in Betracht zu ziehen, daß in Paris wie in London nicht die Minister, die sich in Urlaub befinden, sondern die *Secretaires* der Auswärtigen Ämter verantwortlich für diesen Schritt getreten sind. Sie haben vielleicht stärker unter dem Druck der öffentlichen Meinung und unter dem Druck der Festlegung durch die Presse gestanden, als es bei den Ministern der Fall gewesen wäre. Ebenfalls hat man nach der großen Antifindung in der Berliner und Londoner Presse den Eindruck, daß im Laufe der diplomatischen Verhandlungen, die vorausgegangen sind, die ganze Aktion eine erhebliche Einschränkung zu erfahren hat. Es handelt sich nicht mehr um

eine gemeinsame Intervention, um die ursprünglich angebotene große Protektion, die sich auf frühere Verträge stützen sollte, sondern um einen „*grand-failliten Schritt*“ auf Grund des Viermächtepakt.

Wenn die Antifindungen der ausländischen Presse davon sprächen, daß gegen die deutsche Regierung Antifinden wegen der Verletzung irgendwelcher Bindungen gerichtet werden sollten, so haben offenbar die zuständigen Stellen in Paris und London inzwischen erkannt, daß solche Antifinden nicht möglich sind. Gerade deshalb hat aber auch die Antwort auf den französischen und auf den anschließenden englischen Schritt zu ausfallen können, wie sie in der amtlichen Mitteilung angegeben ist, mit dem Hinweis darauf, daß der Viermächtepakt für Aktionen solcher Art nicht die geeignete Grundlage bietet. Diese Antwort ist in Berlin von Staatsratsträgern von Willen gegeben worden, da ebenso wie in Frankreich und England auch in Deutschland der Außenminister sich zur Zeit in Urlaub befindet.

Man kann die Auslegung des Viermächtepakt, die dabei in Betracht kommt, lo charakteristischer, daß nach der Einleitungsformel *alle gemeinsamen Interessen* der vier Unterzeichnerstaaten freundschaftlich erörtert werden sollen, daß aber nirgends vorgesehen ist, Angelegenheiten zwischen einem der Unterzeichner und einer dritten Macht zum Gegenstand einer Anfrage zu machen. Wenn sich die italienische Regierung entgegen den Antifindungen gegen Paris und London aus der ganzen Angelegenheit herausgehalten hat, so offenbar, weil in Rom die gleiche Auffassung vom Viermächtepakt besteht, wie sie in dieser Charakterisierung ausgesprochen ist.

Man neigt schließlich in politischen Kreisen zu der Auffassung, daß mit der heutigen mündlichen Mitteilung der Botschafter Frankreichs und Englands die ganze Diskussion als abgeschlossen zu betrachten ist.

Vorläufige keine Romreise Dollfuß

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 7. AUGUST

Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat sich nach Ähren zu begeben, wo er sich über die politischen Verhältnisse informieren wird. Ein offizielles Ständebüro meldet, es werde von der Romreise nicht vor dem nächsten Ministerrat die Rede sein, und dieser findet erst am 15. August statt, in ihr werde u. a. der Minister für Verfassungsreform, Dr. Endo, einen Bericht erstatten.

NSDAP gegen unbefugte Eingriffe in die Wirtschaft

Die NSDAP veröffentlicht eine Verfügung des Führers der NSDAP, die folgenbermaßen lautet:

„Gegen den Anstellungen des Führers hat Bp. Reichsinnenminister Dr. Frick in keinem bekannten Mundstücken an die Reichsführerschaft angeknüpft:

1. daß unbefugte Eingriffe in die Wirtschaft zu unterlassen sind und daß Beschäftigten keine unbefugte und unberechtigte Vorgehen gegen einzelne Personen unbedingt zu unterlassen hat,

2. daß keinesfalls Instanzen der Partei bzw. ihre Unterorganisationen sich Regierungsabfertigungen anmaßen dürfen.

Entgegenem weise ich darauf hin, daß auch die Parteiführung in Zukunft sich freilich gegen die Zuwiderhandlungen vorgehen wird. Jede Dienststelle hat sich unbedingt auf die ihr vom Führer zugewiesenen ordnungsgemäßen Aufgaben zu beschränken.

Sie habe Anweisung gegeben, in Zukunft genau zu prüfen, ob eingehende Befehle werden begründet sind. Wenn nicht, werde ich sofort Beauftragte an Ort und Stelle entsenden.“

In einer weiteren Anordnung verordnet der Stellvertreter Führers „Allen Angehörigen, Dienststellen und Einrichtungen der Partei das Sammeln von Geldbeträgen bei allen Unternehmungen und Verbänden der Wirtschaft, die sich an der „*Wolff*“, „*Hilfer*“, „*Spende der deutschen Wirtschaft*“ beteiligen.“ Alle

öffentlich oder bestelligten Einzelabmachungen der Dienststellen und Einrichtungen der Partei mit den für eine Beteiligung an der Spende in Frage kommenden Unternehmungen und Verbänden der Wirtschaft verlieren ihre Gültigkeit. Neue Abmachungen, die die Firmen oder Verbände der Wirtschaft von einer Beteiligung an der Spende abhalten könnten, sind verboten. Ebenso sind Eingriffe oder Maßnahmen hinsichtlich der Durchführung der Spende untersagt.“

Göring bei Hitler

BERCHTESGADEN, 7. AUGUST

Der preussische Ministerpräsident Göring ist auf dem Oberberg bei Berchtesgaden mit dem Reichskanzler eingetroffen.

Empfänge in Berchtesgaden

Reichskanzler Adolf Hitler empfing heute in Berchtesgaden den Generalintendanten für den Straßenbau, Dr. Zolt, zum Vortrag. Es wurden dabei einige neue Pläne vorgelegt, die im Zuge des großen Straßenbauprogramms fertiggestellt worden sind. Am Nachmittag empfing der Reichskanzler Botschafter Rabonin zur Befragung von außenpolitischen Fragen. Weiter wurden u. a. die Empfindungen der preussischen Ratsministerin Ruff, der Staatssekretär im Reichspostministerium Ohnesorge und Staatssekretär Dr. Lamers.

Die Staatssekretäre sind Mitglieder des Preussischen Staatsrats

Das preussische Staatsministerium hat eine Anordnung des Oberpräsidenten des Staatsrats beschlossen. Die wichtigste Änderung geht dahin, daß dem preussischen Staatsrat fünf Auswärtigen außer dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern auch die Staatssekretäre angehören. Weiter bestimmt der neue § 2, daß die übrigen Mitglieder des Staatsrats vom Ministerpräsidenten ernannt werden. In der bisherigen Fassung des Staatsratsgesetzes war die Zahl 50 genannt; in der neuen Fassung ist sie nicht vorhanden.

Die drei Wellen

Der Reichskanzler hat auf der Führertagung auf dem Oberberg bei Berchtesgaden von drei großen Wellen in dem Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit gesprochen. Die erste Welle umfasse den Wirtschaft, in dem wir jetzt stehen. Die zweite Welle, die vom September an beginnen soll, habe das Ziel, „wie im Sommer erzielten Erfolge zohlenmäßig im Winter mindestens zu halten“. Die dritte Welle soll im nächsten Frühjahr beginnen und die Arbeitslosigkeit weiter zurückdrängen. Der Reichskanzler hat feiner Ueberlegung dahin Ausdruck verliehen, daß ein einseitiger Erfolg gegen die Gefahr der Arbeitslosigkeit, sobald der nächsten Winter zu verzeichnen sein werde. Das ist ein Programm in Umrissen. Mehr als das. Es ist die Konzentrierung der Regierungstätigkeit für die ersten Etappen des großen Werkes, das mit der Rede des Reichskanzlers am 1. Mai angeblendet und mit dem Gesetz über die Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni in Angriff genommen wurde.

13 378 000 Beschäftigte mehrde vor ein paar Tagen die Krantentassen-Statistik für Ende Juni. 11 487 000 Deutsche waren Ende Januar dieses Jahres beschäftigt und 12 779 000 Ende Juni des Vorjahres. Die Zahl der in den Krantentassen verzeichneten Beschäftigten hat also in diesem Jahre um 1,9 Millionen bis Ende Juni zugenommen. Im Vorjahre betrug die Zunahme der Beschäftigung in der gleichen Zeit nur 900 000. Der Unterschied von 1,2 Millionen, das ist ein großer Teil der Saisonbeschäftigung, der in der ersten Gruppe durch das Zusammenrücken von Arbeitsbeschäftigung und Konjunkturbelebungs erreicht worden ist.

„Was in der „ersten Welle“ weiter erreicht werden kann, hängt davon ab, wie lang sie anhalten wird. Die Erfahrung zeigt nicht aus, um wieviel mehr als Beurlaubten zu rechnen zu können. Wir wissen zwar ungefähr, wie die „normale“ Rhythmus der Saison abläuft. Tiefpunkt Mitte bis Ende Februar, allmähliches Ansteigen im Sommer, Umbau der Kurve der Beschäftigung im September. Die Witterung und manche anderen Faktoren können die Kurve dehnen oder vertiefen. Im Gesamtverlauf bleibt der normale Rhythmus immer erkennbar. Aber er wird überlagert von anderen Bewegungen, am auffälligsten von der Bewegung der Konjunktur. Die letzten Jahre zeigten das sehr deutlich. 1929 wurde schon sichtbar, daß der winterliche Tiefpunkt der Beschäftigung zu wandern anfing. Er rückte wieder in das Frühjahr hinein, und der Höhepunkt im Herbst stieg vor in den Sommer. Was eine einfache Ueberlegung ergibt, war so bestätigt: die Saison-Einstellung in der Depression ist in der Regel kleiner und kürzer; die Saison-Belastung im Winter wird schwerer und länger. Im Aufschwung ist es umgekehrt.“

Den Beweis für die Nichtigkeit der Regel lieferte das vorige Jahr. Damals wies die Arbeitslosenkurve zum ersten Male seit vier Jahren eine auffallende Veränderung auf. Sie hatte sich verflacht. Es wies nur noch einen zu einer Zeit, als sie im Jahre vorher bereits wieder nach oben lief. Das Bild wurde unbestimmter dadurch, daß sich durch die bekannten Rotverordnungsmaßnahmen die statistischen Grundlagen verändert hatten und die Siffern der Arbeitsämter der Bewegung am Arbeitsmarkt nicht mehr zuverlässig parallel liefen. Das Gesamtbild war dadurch, wie man später feststellen konnte, nicht beeinträchtigt. Der veränderte Verlauf der Arbeitslosenkurve war, mit den übrigen Indizes der Konjunktur zusammen, ein kennzeichnender Ausdruck der veränderten konjunkturellen Tendenz.

Was für Ende 1932 galt, trifft für 1933 in veränderten Maße zu. Die feine konjunkturelle Belebung hat sich fortgesetzt. Die Arbeitslosenkurve ist verflacht in dem Maße, wie in der Statistik sich nicht eintrouert. Bei gleichmäßiger Fortwirkung dieser Faktoren müßte also nach menschlichem Ermessen die saisonale Welle in diesem Jahre länger und wirter als 1931 und wahrscheinlich auch 1932. Aber eines Tages wird auch in diesem Jahre der Punkt erreicht sein, an dem der Abbruch der Saison-Bewegung normalerweise alle anderen Bewegungen überlagern würde. Das Ziel müßte sein und das ist die entscheidende Bedeutung der „ersten Welle“ in diesem Moment möglich zu sein hinauszuführen.

Unter diesen Gesichtspunkt muß ein Wort über die Arbeitsbeschäftigungsentwicklungen gesagt werden, die jetzt im ganzen Reich von vielen lokalen Ereignissen in Gang gesetzt worden sind. Es ist tatsächlich so, daß die Gefahr der Arbeitsbeschäftigung auch das letzte Dorf erreicht hat. Ueberall wird überflüssig daran gearbeitet, neue Möglichkeiten aufzukunnen. Es werden aufgekauft, und sie werden wofür genommen. Erlauntes ist auf diese Weise geleistet worden. Mehr noch wird erreicht werden können und erreicht werden. Es kommt darauf an, über den Plänen für neue Möglich-

letten nicht zu verfehlen, wie Sicherungen gegen Rückfälle getroffen werden können.

Die Gefahr liegt in den Methoden, die hier und da zur Anwendung gekommen sind. Es ist bekannt, daß für einen Teil der Arbeitslosen, die durch diese Aktionen wieder in Arbeit gekommen sind, kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts begründet wurde. Das Arbeitsamt zöht die halbe Unterstüfung weiter, der Arbeitgeber zahlt den halben Lohn. In anderen Fällen wird die volle Unterstüfung weiter gewährt, der Arbeitgeber liefert dem Arbeiter seine Nahrung in Naturalien. Alle Notmaßnahmen unterliegt dieses Verhalten keinem Bedenken. Unzweifelhaft Folgenstörungen müssen auftreten, sobald die Art der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung größeren Umfang annimmt. Ein neuer Typ von Arbeitsnehmern würde auf diese Weise entstehen, der zu einem Arbeitsverhältnis für den normal entlohnten und normal beschäftigten Arbeitnehmer würde. Es genügt auf die Folgen für den Frieden in ebn Betrieben, für das Lohnniveau, für die Beschüfung der Konsumverhältnissen der Produzenten hinzuweisen, um zu erkennen, daß hier Störungen entstehen könnten, die dem Ziel der Aktion selbst nicht förderlich sein können.

Es ist nicht möglich, das Bild der Wirtschaft von heute auf morgen zu verändern. Die Arbeitsbeschaffung ist an Grenzen gebunden, die in der Natur der wirtschaftlichen Vorgänge liegen. Schon die Größe der Mittel kann das veranschaulichen. Obwohl sich die Beträge, die für die Arbeitsbeschaffung eingesetzt werden, inzwischen auf Milliarden aufsummieren, bleiben sie klein im Vergleich zu dem, was die Wirtschaft in einem einzigen konjunkturrelevanten Zeitraum in Bewegung setzt. Das ist wohlbedacht. Daher hat darin auch die Idee der Arbeitsbeschaffung keinen „Anfangscharakter“ hat man genannt, was Arbeitsbeschaffung leisten kann und soll. Wenn die Disproportionalitäten abgebaut sind, wenn der Reinigungsprozeß zu Ende ist, wenn auf einem niedrigen Preisniveau — was auch der Preis für Kapitalien ist — die Voraussetzung für einen neuen Start gegeben ist, dann bedeutet die Arbeitsbeschaffung den Startschuß, oder besser den ersten Anstoß. Ist der Anstoß gegeben, dann muß, wenn auch physikalischen Voraussetzungen vorhanden sind, die Maschine von selbst laufen und allmählich auf höhere Touren kommen.

Ein Bild in die Konjunkturtheorie liefert, daß wesentliche Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Es zu prüfen und weiter zu entwickeln, das ist jetzt die Aufgabe. Es ist eine Aufgabe auf weite Sicht, das ist der Sinn des Bildes von den drei Wellen.

Die Görreshaus-Aktien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KÖLN, 7. AUGUST

Im Görreshaus-Prozeß bemüht sich der Vorsteher in eingehender Befragung der Angeklagten und Zeugen, Licht in die Gründungs Vorgänge der G.-G. zu bringen.

Direktor Herbt von der Deutschen Bank in Köln, am Montag erneut befragt, bleibt dabei, er habe keine Verfügung nicht überflichtet, als er befragte, daß die 6,6 Millionen Aktienkapital bei der Deutschen Bank für die Gründung zur Verfügung standen, obgleich sie nicht in dieser Höhe eingezahlt waren. — Der Vorsteher bestatigt ihm Gegenüberliegende aus der Praxis der Deutschen Bank nachzugehen.

Das Bericht verweist nun zu ermitteln, was die Verantwortung trägt, daß die Deutsche Bank die von den Zeichnern einlaufenden Aktienbeträge auf Sparplätzen Görreshaus, zur Verfügung des Verlagsdirektors Maus' wurde, obgleich den Zeichnern im Prospekt zugelegt war, ihre Zeichnungen würden von der Deutschen Bank teufährlich verwaltet und erst bei Eintragung ins Gesellschaftsregister freigegeben werden.

Direktor Dr. Brüning: Die Eintragung des Kontos in dieser Form ist von Maus bei der Deutschen Bank beantragt worden. Von der Zulage des Prospekts wußte ich nichts.

Angeklagter Maus: Meine Vorschrift, das Konto in dieser Form einzurichten, hatte den Zweck, zu verhindern, daß die Deutsche Bank sich eventuell an den Einzahlungen für ihre Kredite beteiligen ließe.

Vorsteher: Glauben Sie, wenn die Zeichner gewußt hätten, Sie wollten Treuhänder sein, daß Sie dann auch die Verfügung gößten hätten?

Angeklagter Maus: Demals hätten Sie das nicht getan. Unter den neuen Aktien waren auf 200 000 M Aktien, die als Gegenwert für Forderungen verfallener Gläubiger an die alte G.-G. gegeben wurden, darunter auch 18 000 M für die Seilfabrik des Rotaritätsabbaus, welches durch einen Gesinn der Gründungsaktiönisten und das Honorar und andere Forderungen gegen die Aktien aufrehten.

Notar Krauß, hierzu wiederholt anlässlich als Zeuge unterfommen, kann eine reißende Ausführung nicht geben, wie er unterfommen den Voraussetzungen der Gründung als Vorgesetzter habe auszufertigen können.

Keine Unterstüfungen für Mitglieder der SPD und SPD

Der Hamburger Senat hat, wie der Preussische Preßfremden der SPD berichtet, eine Verfügung erlassen, nach der künftig an Personen, die nachweisbar noch Mitgliedsbeiträge für die SPD und SPD sowie ihre Neben- und Untergesellschaften leisten, händliche Unterstüfungen irgendwelcher Art nicht mehr bewilligt werden.

Neue deutsche Gesandte

Die megalinische Regierung hat ihre Zustimmung zur Ernennung des Freiherren von Rollenberg zum neuen deutschen Botschaften in Regio erteilt. Die Belgische Regierung hat das Abgemt für die neun neuen deutschen Botschaften von Prezen erteilt.

Die polnische Verfassungs-Reform

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 7. AUGUST

Auf dem polnischen Regionalkongreß vernehmliche getrennt der Vorsteher der regierenden Polnischen Partei und letzteres Ministerpräsident Oberst Siemowit das Programm der Verfassungsreform, die jetzt in Polen in Angriff genommen werden soll.

Die Rechte des Staatspräsidenten werden danach erheblich erweitert werden. In seiner Hand soll nicht nur wie bisher die ausführende Gewalt liegen, sondern er wird auch an der Gesetzgebung entscheidend mitwirken. Von den beiden Häusern des Parlaments wird der Sejm auch in Zukunft durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gewählt. Dagegen soll der Senat, dessen Einfluß auf die Gesetzgebung weitgehend vermindert, zu einem Drittel seine Mitglieder vom Staatspräsidenten berufen werden. Die übrigen zwei Drittel der Senatoren werden durch besondere Wahlkörper repräsentiert, denen vorläufig nur die Inhaber von Ordensauszeichnungen für Teilnahme am Kampf um die polnische Unabhängigkeit angehören. Gänzlich kann der Senat den Kreis seiner Wähler selbst aus anderen, patriotisch verdienten Bürgern ergänzen. Sämtlichen Bürgern bleibt die Freiheit des Wortes und der Vereinigung erhalten. Siemowit betonte, daß Billigkeit eine persönliche Disziplin, wie sie ihm wiederholt nahegelegt wurde, nach wie vor abzielt.

Belagerungszustand über Cuba

NEW YORK, 7. AUGUST

Wie New York Times aus Havanna meldet, hat Präsident Machado infolge der durch die Unterbrechung der Lebensmittelzufuhr hervorgerufenen bedauerlichen Lage von Belagerungszustand erklürt. Der Einsatz von Truppen sei mit der telegraphischen und telegrafischen Nachrichten im Innern der Insel aus, in weitem Umfang in hangelegt. In einigen Ortschaften sollen sich erste Zusammenstöße ereignet haben. Der Schmeißer des Präsidenten Machado, Obregon, ist angeblich von der Menge bedroht worden. Der amerikanische Botschafter in Havanna habe vergeblich zu vermitteln gefügt.

Die Lage in Cuba ist infolge einer streng durchgeführten Zensur völlig unübersichtlich. Nach den letzten Meldungen sollen die Truppen des Präsidenten Machado den Militärstandort in Lopez Coladero gewaltsam unterdrückt haben. Der per-

Debatte über das Abkommen mit Polen

DANZIG, 7. AUGUST

Der Danziger Volkstag ist für Dienstag zu einer Sitzung einberufen worden, in der Senatpräsident Dr. Kaufmann eine feine feine Sitzung mit großer Spannung erwartete außenpolitische Erklärung abgeben wird. Der Senatpräsident wird eingehend zu dem Beschluß der beiden Häute zwifchen Danzig und Polen Stellung nehmen. Die Danzig-polnischen Übereinkommen haben weit über den Kreis der unmittelbaren Beteiligten hinaus das größte Aufsehen erregt. Am Sonntag wurde die Pressefreiheit des Senats von Vertretern der großen englischen und amerikanischen Verträge auf dem europäischen Kontinent mit telegraphischen Anfragen befragt.

Der endgültige Erfolg der von der neuen Danziger Regierung eingeschlagenen Verhandlungspolitik hängt davon ab, welche praktischen Maßnahmen die polnische Regierung im einzelnen vornehmen und durchzuführen wird. Die Verhandlungen darüber werden, soweit sie sich auf die polnische Auslegung des Danziger Beschlusses beziehen, demnächst in Warschau fortgesetzt werden; die Verhandlungen über die übrigen Danzig-polnischen Streitfragen sollen noch im Laufe dieser Woche in Danzig fortgesetzt werden.

fontliche Getreide Madabos erlaubt, daß völlige Ruhe herrsche. Dem steht entgegen, daß der kubanische Kongreß, der schnellstens auf einer Sonderberatung einberufen worden ist, den Präsidenten ersucht, den Belagerungszustand zu erlösen. Die Generalstreikbewegung im Lande nimmt nach anderen Meldungen ständig zu.

Die Regierung der Vereinigten Staaten beabsichtigt vorläufig nicht einzutreffen.

Reise durch die Kolonien

Der Biepprüfung der deutschen Kolonialbewegung, Dr. von Siedewitz, hat seine Reise durch die früheren deutschen Kolonien beendet und ist in Barmbeil eingetroffen. Siedewitz lehnte es ab, sich über seine Eindrücke und insbesondere über die politischen Verhältnisse zu äußern. Es ist jedoch nur natürlich, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die sich in der Hauptsache aus alten Anhängern zusammensetzt, die Rückgabe der Kolonien an Deutschland wünscht.

Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands

Der Reichsarbeitsminister hat eine Verordnung erlassen, nach der es von jetzt ab nur noch eine einheitliche kassenärztliche Vereinigung Deutschlands als Träger der Beziehungen der Kassenärzte zu den Krankenkassen abli. Die kassenärztlichen Vereinigungen in den Bezirken der Bundesstaaten werden als selbständige Körperschaften. Zur Durchführung ihrer Aufgaben errichtet die kassenärztliche Vereinigung nach Bedarf Landes-, Provinz- und Bezirksstellen. Reichsführer der Vereinigung ist der Vorsteher des Verbandes der Ärzte Deutschlands, Dr. Wagner. Er erteilt die Satzung und regelt die Beteiligung der Aufgaben auf die Verwaltungsstellen.

Die kassenärztliche Vereinigung Deutschlands muß alle im Reichsärzterregister eingetragenen Ärzte, also die schon zu den Krankenkassen zugelassenen und die Anwärter, sowie die zur Berufung freigegebenen Ärzte aufnehmen. Die Satzung kann bestimmen, daß sie auch andere Ärzte aufnehmen können. Die Vereinigung muß über die Aufsicht des Reichsarbeitsministers, soweit nicht eine andere Aufsicht besteht oder begründet wird.

Die deutsche Kassenärztliche hat also am Abend des öffentlichen Rechts eine rein autoritäre, zentralistische Führung. Dr. Guentert am dem Deutschen Reichstag ausführt, leitet die Verordnung zu dem durch die Kassenärztliche Ordnung zu schaffen gefundenen über, stellt den in der Sozialversicherung tätigen Arzt auf einen neuen Rechtsboden und gibt dem Führer der Kassenärztliche, Dr. Wagner, die Macht, mit dem Umbau der Kassenärztliche unverzüglich zu beginnen. Er hat bereits dem Reichsarbeitsrat des Innern den Entwurf einer Reichsärzte-Ordnung übergeben. Mit deren Einführung werden die freien ärztlichen Berufsverbände ihre Dasein aufgeben müssen.

Mehr Landheiser

Neue Mittel der Reichsanstalt

Die zuhändigen Reichstellen haben der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung neue Mittel zur Verfügung gestellt, wodurch die Reichsanstalt in die Lage versetzt wird, die Zahl der Landheiser, die sich im Juli auf ungefähr 145 000 betrug, auf insgesamt 200 000 zu erhöhen. Der Anstalt auf die Landheiser-Stellen außerordentlich stark ist, hat die Reichsanstalt seine Kontingente für die einzelnen Landesbesatzungsstellen festgelegt. So wurde das Kontingent für Preußen, wo bisher etwa 20 000 Landheiser untergebracht waren, auf 28 000 erhöht. Im Bezirke des Landesbesatzungsbereiches Brandenburg, in dem bisher rund 10 000 Landheiser eingestellt waren, ist das Kontingent auf 14 000 herauf zu setzen. Die Kontingente für den eingetragenen Landheiser schwanden nach ihrem Alter und ihrer Beschäftigungsfähigkeit, da sie sich grundräßig nach den erteilten Entlohnungen richten. Am Sommer ist ein Höchstmaß von etwa 25 Mark pro Monat für männliche Landheiser und etwa 20 Mark für weibliche Landheiser vorgesehen.

Heute neu

Die Avantgardisten in Kassel

Die 400 italienischen Jungmilitären trafen am Montag auf ihrer Rundreise durch Deutschland in Kassel ein, wo ihnen ein besonders feierlicher Empfang wurde. Die G.-G. in Kassel bereitete wurde. Im Hofbeschlüssen wurden sie vom Oberpräsidenten, Prinzen Philipp von Hessen und den Prinzessinnen Malvada und Maria mit Anproben begrüßt.

Geschminkten Frauen Zutritt verboten

Die Kreisleitung Brauau teilte in einer Bekanntmachung in der nationalsozialistischen „Schließlichen Tageszeitung“ mit, daß Frauen mit geschminkt Gesicht der Zutritt zu allen Veranstaltungen der NSDAP verboten ist.

Otto von Hasbarg und die Kaufleute

Otto von Hasbarg hat das Protokoll einer „Union der bürgerlichen Kaufleute“ übernommen, einer Vereinigung von ganz weiten monarchistischen Überbetreibungen in Delfterich. In dem Schreiben erteilt Otto, durch Förderung der Kaufmannstandes würde der politische Habitusismus abgeschafft werden. „Sehe Gott, daß es mir vergönnt sei, selbst in der Heimat hier beigetragen. Vermitteln Sie allen Mitgliedern der Union meine herzlichsten Grüße. Otto.“

250 Jahre Deutschum in Amerika

Die in Nordamerika lebenden Deutschen trafen zu einem ganz besonderen Feiertag, zur Erinnerung an die erste große deutsche Siedlungsbewegung im Jahr 1684, die 250. Jahrestage dieses Tages feierlich begehen. Die deutsch-amerikanische Presse weist in ihren Spalten bereits jetzt auf dieses Jubiläum hin.

Reichstagsabgeordneter Tempel geschnit

Durch öffentlichen Anschlag des Regierungspräsidenten in Auroh wird auf Grund der Beamtenentlohnungsreform der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Tempel bei Beerdigung der angebotenen Nachfolgers aufgefunden, sofort an seinen amtlichen Wohnort nach West zurückgeführt.

Die Neuregelung des Strafvollzugs

Die Neuregelung des preussischen Strafvollzugsrechts mit allen Nebenveränderungen ist beendet. Die Ausführungsbestimmungen zum Strafvollzugsrecht sowie eine neue Diensttätigkeitsbestimmung für die Gefangenenhelfer, die mehrere hundert Paragraphen umfaßt, sind fertiggestellt. Eine Verordnung über die Unterstüfungshilfe wird ebenfalls veröffentlicht werden.

Hausfrauen bei den Frauenvereinen

Der Reichsverband deutscher Hausfrauenvereine, die Berufsorganisation der deutschen Hausfrauen, ist der Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Frauenvereine beim Reichsinnenministerium beigetreten.

General Hans von Below

In Kalifornien, wo er seit 1919 lebt, hat der erste Kriegsflottenkommander des Berliner Arminio-Angaria-Regiments, Hans von Below, im Alter von 74 Jahren gestorben. Er zeichnete sich besonders mit seinem Regiment in den Tagen von Marum bei Lieberfeldung der Gemme aus, eine Tat, die den Angliannern besondere Anerkennung eintrug.

Die neue Prosperität

Bericht der Vossischen Zeitung

A.M.W. NEW YORK, ANFANG AUGUST

Mitte Juli waren genau vier Monate seit dem Ende des amerikanischen Bankferntages verstrichen. In der Zwischenzeit hat sich die Tätigkeit des Apparats für eine zentrale Wirtschaftsleitung geschaffen, die sich nur mit der Wirtschaftstechnik der Sowjets vergleichen läßt. Mancherlei Symptome lassen die vergangenen Wochen ein recht erhebliches Entschlafenerwerden erscheinen. Wo steht die amerikanische Wirtschaft gegenwärtig?

Steigende Beschäftigung

Der Aufschwung seit dem Beginn des 2. Quartals 1933 ist in seiner Unmöglichkeit, weitestens was die Nachkriegsjahre anbelangt, ohne Beispiel. Es würde hier zu weit führen, Zahlen für die Entwicklung der beiden vergleichbaren ersten Jahreshalben 1929 und des letzten Jahreshalbes 1932, anzuführen. Sie ließen weit hinter den Zahlen für März bis Juli 1933 zurück. Die Schwere und Länge der Depression und die außerordentliche Tiefe, in die alle die Entwicklung des amerikanischen Geschäfts darstellenden Kurven stürzten, hätten naturgemäß eines Tages einen starken Aufschwung bewirkt, wenn einmal der Boden gewonnen und die Wirtschaft wieder in die künstlichen Wirtschaftsmaßnahmen in Angriff genommen hätte. Das Regierungsprogramm hat jedoch dazu beigetragen, die Entwicklung weitgehend über den Zustand der Prosperität zumindest erheblich zu beschleunigen, wobei es wohl kaum zu gelingen wird, die Frage definitiv zu lösen, ob das Ende der Depression in der Linie auf natürliche oder künstliche Wege zu erklären werden muß. Mitte Juli war die Aktivität in der Stahlindustrie um 15% zu Mitte März um mehr als 500 % p. a. auf 59 % p. c. ihrer Höchstleistung gestiegen. Die Produktion von Fertigwaren war in der am 8. Juli 1933 endenden Woche um 18 1/2 % p. c. höher als in der gleichen Woche des Vorjahres. Während zu Mitte März nur 20 % hinter dem Vorjahre zurückblieben und die Produktion elektrischer Kraft stand in derselben Woche 14 1/2 % über dem Vorjahre, während sie zu Beginn der vormonatlichen Woche gegenüber der gleichen Woche im entsprechenden Jahre 1932. Ähnliche Ziffern ließen sich für viele andere Geschäftszweige nennen. Die Textilindustrie stellt eine bemerkenswerte Ausnahme dar. Die Beschäftigung der amerikanischen Baumwollfabriken war im Juli 1932 65 % p. c. der Durchschnitts von 1922 bis 1927, verglichen mit 109 % p. c. im Juli und 123 % p. c. im Juli 1933.

Wachsende Lohnsummen

Der Regierungsbericht für Juni 1933 zeigt für die amerikanische Industrie nicht nur höhere Beschäftigungsziffern, sondern auch höhere Lohnsummen. Die durchschnittliche Steigerung in der Beschäftigungsfähigkeit im vergangenen Monat stieg die Beschäftigung um 7 % p. c., während Lohnzahlungen 10 1/2 % p. c. höher waren als die Tatsache, daß die Besserung sich auf der ganzen Linie zeigt. Es ist leicht verständlich, daß die Getränkeindustrie, zu der Brauereien gehören, in den ersten 20 p. c. höhere Beschäftigung aufwies und jetzt 60 % p. c. über der Ziffer für 1929 liegt, da erst seit April 1933 das Brauen von Bier mit Alkoholgehalt wieder gesetzlich zulässig ist. Was aber überraschend ist, daß das Gewerbe, für die die Regierung statistische Daten sammelt, mit Ausnahme von zehn, Beschäftigung und Lohnsummen im Juni gegenüber Mai 1933 gestiegen sind. In dem Statement der National Industrial Conference Board, das amerikanische Seitenstück zum Reichsverband der Deutschen Industrie, angefertigt hat, wird berichtet, daß die Beschäftigung in Amerika von April bis zur zweiten Hälfte Juli 1933 40 p. c. der von Juni 1929 bis März 1933 erlittenen Verluste wieder ausgleichend habe, was um so bemerkenswerter ist, als die Besserung im entsprechenden Monat in Frühjahr und Sommer saisonmäßig zu erwartenden Abnahme siehe. Der Federal Reserve Board hat dessen nach dem Zuwachs an industrieller Tätigkeit von März bis Juni gestiegen mit fast 50 % p. c. errechnet.

Märkräftiger Preisrückgang

Es war, besonders in Anbetracht der während der letzten drei Jahre stattgefundenen Preisrückgänge, unermesslich, daß die plötzliche und statische Geschäftsbildung der letzten Monate zu teilweise recht erheblichen Preissteigerungen führte. Entsprechend dem Index der „New York Times“ sind heute die National Industrial Conference Board bis zum 17. Juli 1933 von 46,85 auf 97,97 gestiegen. Eine ähnliche Entwicklung hatte bei den Waren stattgefunden: Von 3. März bis zum 2. Juli 1933 sind die „Retail“ Preise in New York von 89 1/2 Cents per Bushel auf 133,10, Weizen in New York von 39 1/2 Cents per Bushel auf 80 1/2 Cents, Baumwolle in Chicago von 6 1/2 Cents per Pfund auf 15 1/2 Cents und der Gesamtdruck für alle erfassten Warenkategorien von 80,4 auf 106,8 (1913 = 100). — Diese Preissteigerungen sind nicht nur ein Zeichen für den Aufschwung des Programms, das Franklin Roosevelt bei seinem Regierungsantritt aufgestellt hatte. Allerdings hätte der Präsident den spekulativen Charakter der Preisbewegungen und die damit verbundene Gefahr, daß eine allgemeine Preissteigerung geschaffen werden, deren Ausleger nur durch einen Preissturz auf diesen Gebieten zu vermeiden ist. Die Gefahr einer solchen Preissteigerung ist eine Vertrauenskrise als Folge — bewirkt werden konnte. Wie groß der Unterschied zwischen dem Enghosenpreis und den Aktienmarktbewegungen auf der einen Seite und die plötzliche und statische Geschäftsbildung der letzten Monate, das der Lebenshaltungsindex des National Industrial Conference Board zum erstmaligen im Mai um 10 % p. c. gegenüber Juni 1932. Dies ist ein vergleichsweise außerordentlich geringer Zuwachs, selbst unter Berücksichtigung der gewöhnlich viel langsameren Bewegung der Einzelhandelsnotierungen.

Die entscheidende Phase

Sie kann denn auch im Juli der Sturz. Gleichzeitig aber — und diese Entwicklung kann nicht genügend unterstrichen werden — setzte sich ein Aufschwung in der öffentlichen Meinung. Man begann plötzlich auch auf selten von begeisterten Anhängern des Regierungsprogramms daran zu zweifeln, daß alle Einzelheiten des Gesamtplans hinreichend Berücksichti-

Erfolge der Agrar-Reform

Halbierte Eier-Einfuhr — Genossenschaftliche Monopolläne

Der Eierverbrauch in Deutschland betrug im letzten Jahr 79 Milliarden Stück; davon wurden 23 Milliarden aus dem Ausland eingeführt. Seit Beginn 1933 hat sich eine rückläufige Bewegung in Verbrauch bemerkbar, die durch die Schumpfung der Kaufkraft zu erklären ist. Denn die bei der Erhebung in den Statistiks für Konjunktur- und Preisforschung werden in Deutschland bei den ersten Jahreskommen je Vollperson von über 1500 RM. 227 Eier jährlich verzehrt, bei einem Einkommen von über 800 RM lagen 78.

Die Maßnahmen, die die Regierung in den letzten Jahren Förderung der deutschen Eierzeugung ergriffen hat (Misch, Weizen-Scheine), haben in Verbindung mit einem verstärkten Zollschutz zu einer wesentlichen Erhöhung der Inlandsproduktion beigetragen. Deutschlands Eier-Einfuhr, die bis auf 300 Millionen Mark jährlich gestiegen war, zeigt daher eine stark rückläufige Tendenz. Mühen 1932 noch 128 Millionen RM für die Eier-Einfuhr aufgewendet werden, so ist in diesem Jahr fast mit einer Halbierung des Betrages zu rechnen. Die starken Zollerhöhungen, die sich vom zweiten Quartal an auswirkten, liefen im Vergleich zum zweiten Quartal des vergangenen Jahres einen Einfuhrrückgang um 58 Millionen Stück oder um 73 p. c. aufzuweisen. Die in dieser Zeit ersparte Devisenmenge wird auf rund 2 1/2 Millionen RM geschätzt. Vergleichsweise zeigt die Eier-Einfuhr in Millionen Stück:

	1931	1932	1933
Januar	136,7	137,0	158,2
Februar	153,4	141,7	160,6
März	162,2	216,7	228,6
April	259,4	250,0	40,3
Mai	259,3	253,9	39,2

Die bemerkenswerte Zunahme der Einfuhr im Monat Juni ist offensichtlich als Auswirkung des am 10. Mai in Kraft getretenen deutsch-niederländischen Zollvertrages zu werten. Auf Grund dieses Vertrages sind zwei holländische Hämmereien, die im Spitzen-

klassen der deutschen Eierproduktion entsprechen, bis zu 60 p. c. der in den letzten acht Monaten des vergangenen Jahres abgesetzten bezogenen Eier-Einfuhr zu günstig berechnung. Gegenüber einem autonomen Zollsatz von 70 Mark beträgt der Zollsatz hierfür von Mai bis September 40 Mark, bis Oktober 30 Mark und Oktober bis Dezember 30 Mark je Doppelzentner. Die praktischen Auswirkungen dieser Abmachung ergaben sich aus folgender Aufstellung:

Eiereinfuhr (in 1000 St.) aus:	April	Mal	Juni	
	Holland	14 886	40 334	60 817
	Dänemark	12 711	5 715	23 440
	Sonstige Länder	12 382	13 380	14 932
Gesamteinfuhr:		40 494	64 429	99 249
davon verzollt mit 5 RM		13 521	99	—
„ „ „ „ 30 „		10 178	2 801	795
„ „ „ „ 40 „		—	24 337	80 562
„ „ „ „ 70 „		16 667	37 157	13 388

Während in früheren Jahren die Eiereinfuhr aus den östlichen Ländern das Hauptkontingent stellte, ist heute Holland auf Grund seines günstigen Vertrages zum Hauptimportanten geworden. Sein Anteil betrug im Mai—Juni d. J. mehr als 60 p. c. des Gesamtimports gegenüber 39 p. c. im vergangenen Jahr.

Wie verläuft, ist eine grundsätzliche Neuordnung des Eier-Importhandels in Vorbereitung. Die im Frühjahr gegründete „Genossenschaftliche Eier-Erfuhrverwaltung e. B. Berlin“, deren Hauptaufgaben als Ausgleichsstelle in der Marktregulierung liegen, bemüht sich um eine Monopolanstellung der Eier-Einfuhr in Port. Die Verhandlungen befinden sich noch im Anfangsstadium, so daß noch nicht beurteilt werden kann, ob der Monopolplan zur Ausführung kommen. Den Wünschen der Eierverwertungs-Genossenschaften und des Inlandhandels stehen hier die Interessen der Eier-Importeure gegenüber. Es darf aber erwartet werden, daß auch bei einer Monopolstellung der Reichseierverwertung dem Importhandels weiterhin die Möglichkeit, Geschäfte zu tätigen, erhalten bleibt.

M. Pech liquidiert

Die G.-V. der M. Pech AG für sanitären Bedarf, Berlin, genehmigte den Abschluß für 1932. Der im Geschäftsjahr 1932 entstandene Verlust von 0,247 Mill. RM ermäßigt sich durch die Auflösung der gesetzlichen Reserve in Höhe von 136 900 RM auf 111 900 RM und wird in dieser Höhe auf neue Rechnung vorgetragen. Die Versammlung ermächtigte den Vorstand zur Annahme des Kaufangebotes für gewisse Aktien der Gesellschaft. Ferner wurde dem Vorstand zur Liquidation der Gesellschaft und zur Bestellung von Liquidatoren ermächtigt, falls der bekannte Vergleich zustande kommt und das Kaufangebot angenommen wird.

Kaufmännisches Ehrengericht in Frankfurt.

Die Versammlung der Industrie- und Handelskammer für das rhein-maaische Wirtschaftsgebiet beschloß, wie der „Vossischen Zeitung“ aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, die Erziehung der Geschäftlichen Ehrengerechtigten. Dem soll den beteiligten Wirtschaftskreisen die Möglichkeit gegeben werden, dem Begriff des ehrbaren Kaufmanns wieder unbedingte Geltung zu verschaffen. Dem Ehrengericht werden die Inhaber, die zeichnungsberechtigten Vertreter und Prokuristen der in Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen und die eintragungsfähigen, aber noch nicht eingetragenen Einzelkaufleute, Handelsgesellschaften, das Ehrengericht hat die Aufgabe, geschäftliche Handlungen und Unterlassungen, die mit den kaufmännischen Ehrengerechtigten im Widerspruch stehen, zu untersuchen und zu verurteilen, falls diese Handlungen gegenbehalten zu veröffentlichen.

Der türkische Wirtschaftsminister in Berlin.

Der türkische Wirtschaftsminister, Excellenz Mehmet Cevdet, der während seiner kürzlichen Reise von der Türkei (Wirtschafts-) schaftskreisen für Ziffern Zeit in Berlin auf. Aus diesem

anläßl veranstaltete die Türkische Handelskammer für Deutschland einen Empfang, zu dem neben Vertretern der deutschen Behörden sowie der türkischen Botschaft und der Türkischen Konsulats, die auch zahlreiche Angehörige der am deutsch-türkischen Güterausstausch besonders beteiligten Wirtschaftskreise erschienen waren. Zweck der Veranstaltung war eine unmittelbare Meinungsaustausch über die Richtlinien der türkischen Wirtschaftspolitik und Außenhandelsförderung zu ermöglichen.

Auftragserhöhung bei Baumwollspinnereien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ESSEN, 7. AUGUST

Auf dem Gladbach-Rheydter Baumwollmarkt hat sich die Haltung in den letzten Wochen merklich befestigt, wenn auch das Geschäft wegen der Schwankungen der Devisen- und Rohbaumwollpreise noch etwas unheimlich war. Diese Befestigung, die sich auch auf die Preise auswirkte, zeigte sich vor allem darin, daß die Abnehmer jetzt teilweise wieder auf längere Sicht disponieren, während bisher nur der jeweils dringende Bedarf abgenommen wurde. Der Auftragsbestand der Spinnereien hat sich daher erhöht. Die Dreizehnländer-Spinnereien sind allgemein ausreichend beschäftigt. Nur die Feinspinnereien litten noch unter dem Mangel an Aufträgen. Die Erzeugung der Dreizehnländererfolgte Zollerhöhung sich bald günstig auswirken. Nachdem bereits im Juni eine längere Zeit stillgelegte Spinnerei den Betrieb wieder aufgenommen hat, wird in den nächsten Tagen eine weitere Spinnerei mit rund 20 000 Spindeln die Arbeit gleichfalls wieder beginnen. Bei den Zweizehnländer- und Vigon-Spinnern war die Produktion schon im Juli wieder auf den Fortschreitenden Jahrestakt mit einer Belegung zu rechnen.

Hochdruck in Washington

Sie wird die ungünstige. Erlo verständlich, mit der die amerikanischen Wirtschaftskreise die Preissteigerung programm befreit. Es hätte zu lange gedauert, bis alle Industrien ihre „codices“ unbereit hätte. So entschloß sich Roosevelt, das amerikanische Paritätsgesetz zu erneuern und zu applizieren, um sie zu freiwilligen Löhnerhöhungen, Arbeitseinzusparungen und Neueinstellungen zu bewegen, bis ihr Kodex fortgesetzt würde. Er ist die Preissteigerung durch Unternehmen mit Mitteln und Kräften nicht gestattet, die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung aufzuhalten. Stillstand wäre Niederlage. Die psychologische Kampagne hat großen Erfolg erzielt. Seit der Veröffentlichung des folgenden Unternehmens hat dem Versprechen eines überall anzuwendenden Abzeichens, das ihn als Patrioten kennzeichnet und dem Kunden empfiehlt. Auf der anderen Seite ist die „ungehorsame“ Arbeitgeber mit der Verantworlichung der Medaille. Die Regierung sieht anscheinend nicht, oder will nicht sehen, daß die Preissteigerung durch Unternehmen wirtschaftlichen Tode während der Depression nur mit Not und Mühen zentralen sind und einfach nicht in Stande sind, die in dem Regierungsprogramm enthaltenen Kostenoberhöhung ohne die Garantie höherer Detailliertheit zu tragen. — Stillstand wäre Niederlage. Der gerade erst von schwerer Krankheit genesende Wirtschaftsminister wird in den nächsten Tagen auf dem Weg zu Beginn des Herbstes, ein halbes Jahr nach dem Beginn des Experiments, sollte es ersichtlich sein, ob der Patient sich endlich auf dem Wege der Besserung befindet oder ob er noch schwerer darunter leidet als zuvor.

